

Einigkeit bei Bewertung der Flüchtlingslager

DAF-Umfrage bei den Brettener Landtagskandidaten zur Flüchtlings- und Integrationspolitik

Von unserem Redaktionsmitglied
Hansjörg Ebert

Bretten. Ein Thema, das im ohnehin durch die Corona-Pandemie sehr eingeschränkten Wahlkampf nahezu komplett außen vor blieb, hat der Internationale Freundeskreis (DAF) Bretten aufgerufen: die Flüchtlings- und Integrationspolitik. Der Freundeskreis hat den sechs Kandidatinnen und Kandidaten im Brettener Wahlkreis dazu vier Fragen gestellt, die den Ehrenamtlichen auf den Nägeln brennen.

„Wir waren positiv überrascht, dass die Angesprochenen alle – bis auf einen – prompt geantwortet und recht ausführliche und teilweise differenzierte, aussagekräftige Positionsbeschreibungen abge-

„

Wir waren überrascht über die aussagekräftigen Positionsbeschreibungen.

Gerhard Junge-Lampart
DAF-Vorsitzender

geben haben“, erklärt der DAF-Vorsitzende Gerhard Junge-Lampart, der die Umfrage zusammen mit seinem ganzen Vorstandsteam initiiert hat. Alle Kandidaten hätten geantwortet – außer Andreas Laittenberger von der AfD.

Gefragt wurde, wie man sich die Integration von zugewanderten Menschen vorstellt, wie man über die Aufnahmeger an der EU-Außengrenze und die Abschiebepreis bei Asylbewerbern denkt und wie angesichts zunehmender rassistischer Angriffe ein friedliches Zusammenleben der Kulturen in unserem Land aussehen kann.

Für die Grünen ist eine langfristige Integrations- und Bleibeperspektive wichtig. Die Lage auf den griechischen Inseln hält die Landtagsabgeordnete Andrea Schwarz nicht erst seit dem Brand auf Moria für unhaltbar. Eine Koalition der Willigen sollte hier vorangehen, solange es keine europäische Lösung gibt.

„Auch Baden-Württemberg kann ein sicherer Hafen für Geflüchtete sein“, sagt Schwarz, die dafür plädiert, dass Seenotrettung entkriminalisiert wird. Zudem dürfe niemand in Kriegsgebiete abgeschoben werden, eine Härtefallkommission soll für transparente Entscheidungen sorgen. Ein Zuwanderungsgesetz sei nötig, und gegen Hasskriminalität müsse ein Aktionsplan aufgelegt werden.

Für Ansgar Mayr (CDU) ist der Erwerb der deutschen Sprache der Grundstein für eine erfolgreiche Integration. Notwendig seien zudem bessere Integrationsmöglichkeiten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Dem Landesbeirat für Integration müsse ein Lan-



Um Integration bemüht: Die DAF-Vorsitzenden Yesim Karadag und Gerhard Junge-Lampart haben mit dem Vorstandsteam eine Umfrageaktion bei den Landtagskandidaten gestartet und zeigten sich überrascht über die Antworten, die sie bekamen. Foto: Davut Karadag

Hintergrund

Die Themen Zusammenleben der Kulturen, Migration und Integration sind im Landtagswahlkampf weit in den Hintergrund gerückt. Von sich aus kämen die Landtagskandidaten nicht nach vorne, vermutlich weil sie befürchteten, mit diesen Themen keinen „Blumentopf“ zu gewinnen, so der DAF-Vorsitzende Gerhard Junge-Lampart. Im Wahlkampf unter Pandemie-Bedingungen fehlen öffentliche Veranstaltungen, Podiumsdiskussio-

desintegrationsbeauftragter zur Seite gestellt werden. Mayr hält die Zustände in den Flüchtlingslagern größtenteils für nicht menschenwürdig. Der Christdemokrat plädiert dafür, die Verfahren zu beschleunigen und die Aufenthaltszeit in den Lagern damit deutlich zu verkürzen. „Mit großer Sorge blicke ich auf die antidemokratischen und extremistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft, die konsequent bekämpft werden müssen“, sagt Mayr.

Für eine geregelte Zuwanderung auch angesichts des akuten Fachkräftemangels spricht sich Stephan Walter aus. Der Landtagskandidat der SPD will einer-

nen und Ähnliches. Gleichzeitig sind für die Ehrenamtlichen, die zugewanderte Familien betreuen, die Aufgaben und Probleme nicht verschwunden. Dies gilt genauso für die Mitarbeiter in Stadt, Landkreis, Beratungseinrichtungen von Diakonie und Caritas, in Schulen und Kitas. Deswegen hat der Vorstand des DAF die Initiative ergriffen und an die Landtagskandidaten im Wahlkreis Bretten „Vier Fragen zur Flüchtlings- und Integrationspolitik“ gerichtet.

Die vollständigen Fragen und Antworten sind auf www.daf-bretten.de unter „Politik“ nachzulesen. bert

seits Fluchtursachen bekämpfen, andererseits Geflüchteten in Deutschland mit Bildung, Wohnung und Arbeit Perspektiven schaffen.

Auch er beklagt die teilweise menschenunwürdigen Verhältnisse in den Lagern. Eine in Deutschland voll integrierte Familie abzuschleppen sei unsinnig, eine ganzheitliche Würdigung des Einzelfalls nötig. Dabei solle auch das Kindeswohl mit berücksichtigt werden. Die deutsche Sprache als Schlüsselqualifikation, die schnelle Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen sowie bessere Integrationskurse sind für Christian Jung die wichtigsten Voraus-

setzungen für gelingende Integration. Der FDP-Landtagskandidat fordert aber auch ein gehöriges Maß an Integrationsbereitschaft von den Zugewanderten.

Die humanitären Zustände in den Flüchtlingslagern hält er für inakzeptabel, die Lösung liege aber auf europäischer Ebene. Migration in Europa müsse geordnet stattfinden gehen. Für Kriegsflüchtlinge solle ein eigener Status geschaffen werden, für Asylbewerber ein Spurwechsel vom Asylverfahren hin zu einer regulären Einwanderung möglich sein.

Eine dezentrale Unterbringung und freie Wohnort-Wahl für Geflüchtete fordert Heinz-Peter Schwertges, der Landtagskandidat der Linken. Eine Bleiberechtsoption sei die Grundvoraussetzung für eine Integration. „Das Elend in den Flüchtlingslagern muss sofort beendet werden“, sagt Schwertges.

Neben der Bekämpfung der Fluchtursachen brauche es eine deutsche Außenpolitik, die dem Frieden dient, Rüstungsexporte müssten verboten werden: „Wir brauchen eine gerechte Weltordnung und ein Wirtschaftssystem, in dem nicht der Profit das Maß aller Dinge ist.“

Das Konzept der sicheren Herkunfts-länder gehöre abgeschafft. Das beste Rezept gegen Vorurteile, Rassismus und rechte Gewalt sei eine gelingende Integration.